

POLEN

Nachdem Polen im Jahr 2009 die besten Wachstumsergebnisse des OECD-Raums verzeichnet hatte, begann sich die Konjunktur unter dem Einfluss der dynamischen Entwicklung der Exporte, des öffentlichen Konsums und der Lagerhaltung zu beschleunigen. Das reale BIP-Wachstum wird sich den Projektionen zufolge stark erhöhen und seine Hauptimpulse von den Infrastrukturinvestitionen in Verbindung mit EU-Transferzahlungen und der Fußball-Europameisterschaft 2012 sowie dem privaten Verbrauch beziehen.

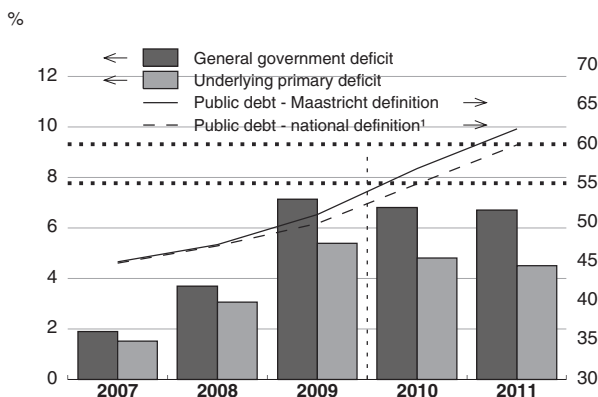
Obgleich die Inflation derzeit rückläufig ist, wird für 2011 ein leichter Anstieg projiziert, was darauf hindeutet, dass angesichts des langen Zeitraums, der verstreicht, bis die Effekte zum Tragen kommen, früh mit der Rücknahme der monetären Impulse begonnen werden muss. Trotz eines gesamtstaatlichen Defizits von etwa 7% des BIP in den Jahren 2009 und 2010 sind keine spezifischen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen angekündigt worden, um die Maastricht-Obergrenze für das jährliche Defizit von 3% zu erreichen. Die zuständigen Stellen hoffen, dass es ihnen gelingt, die Staatsverschuldung gemäß der nationalen Definition unter der in der Verfassung vorgeschriebenen Obergrenze von 60% des BIP zu halten, indem sie auf Privatisierungseinnahmen und konjunkturelle Mehreinnahmen setzen, doch wird es von entscheidender Bedeutung sein, rasch konkrete Defizitreduzierungsmaßnahmen zu formulieren.

Die Konjunktur hat sich zu beschleunigen begonnen

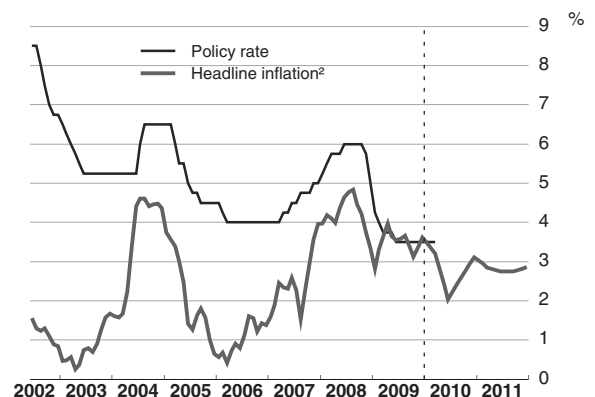
Das reale BIP-Wachstum, das im gesamten Jahresverlauf 2009 positiv war, hat sich unter dem Einfluss der Exporte, des Staatsverbrauchs und des Lagerzyklus erneut belebt. Trotz des harten Winters nahm die Industrieproduktion, vor allem von Gebrauchsgütern, im ersten Quartal 2010 zu, und die Einzelhandelsumsätze waren im März sehr hoch. Die Vertrauensindikatoren haben sich in den letzten Monaten aufgehellt, und die Kreditvergabebedingungen haben sich verbessert, insbesondere für KMU und private Haushalte. Dennoch ging die Bautätigkeit auf Grund des schlechten Wetters Anfang 2010 zurück. Nach einem moderaten Anstieg 2009 ist die harmonisierte Arbeitslosenquote Anfang 2010 auf rd. 9% geklettert.

Poland

Public finances should be consolidated
As a percentage of GDP



Monetary stimulus should be withdrawn
Monthly data



1. Calculated as the projected Maastricht debt minus 2 percentage points for 2010 and 2011.

2. Year-on-year growth rates.

Source: NBP; OECD, Economic Outlook No. 87 database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932304753>

Poland: Demand, output and prices

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Current prices PLN billion	Percentage changes, volume (2000 prices)				
Private consumption	662.3	4.9	5.9	2.2	0.9	2.8
Government consumption	193.7	3.7	7.5	1.9	2.1	2.3
Gross fixed capital formation	208.3	17.2	8.2	-0.4	2.5	11.1
Final domestic demand	1 064.3	7.1	6.7	1.6	1.5	4.5
Stockbuilding ¹	14.9	1.7	-1.1	-2.5	1.2	0.3
Total domestic demand	1 079.2	8.7	5.5	-0.9	2.6	4.8
Exports of goods and services	427.8	9.1	7.0	-9.6	5.9	6.8
Imports of goods and services	446.9	13.5	8.1	-13.5	5.6	8.9
Net exports ¹	- 19.2	-2.0	-0.7	2.1	0.1	-0.8
GDP at market prices	1 060.0	6.8	5.0	1.8	3.1	3.9
GDP deflator	–	4.0	3.0	3.6	2.8	2.8
<i>Memorandum items</i>						
Consumer price index	–	2.5	4.2	3.8	2.7	2.8
Private consumption deflator	–	2.4	4.2	2.7	3.2	2.7
Unemployment rate	–	9.6	7.1	8.2	8.9	8.6
General government financial balance ^{2,3}	–	-1.9	-3.7	-7.1	-6.9	-6.5
Current account balance ²	–	-4.7	-5.0	-1.6	-1.6	-2.7

Note: National accounts are based on official chain-linked data. This introduces a discrepancy in the identity between real demand components and GDP. For further details see *OECD Economic Outlook Sources and Methods* (<http://www.oecd.org/eco/sources-and-methods>).

1. Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.

2. As a percentage of GDP.

3. With private pension funds (OFE) classified outside the general government sector.

Source: OECD Economic Outlook 87 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932306900>

Eine glaubwürdige Haushaltskonsolidierung sollte umgehend angekündigt werden

Das gesamtstaatliche Defizit erreichte 2009 7,1% des BIP. Regierungsprojektionen zufolge wird sich das Defizit 2010 geringfügig auf 6,9% des BIP, 2011 dann auf 5,9% und 2012 auf 2,9% zurückbilden, was darauf schließen lässt, dass der Konsolidierungspfad zum Ende des genannten Zeitraums zum Tragen kommt. Bei den beiden für 2010 angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen handelt es sich um eine Anhebung der Verbrauchsteuern zur Einhaltung der entsprechenden EU-Vorschriften und eine Lohnmäßigung in der Zentralregierung. Das gesamtstaatliche Defizit wird angesichts der Tatsache, dass der Konvergenzplan der Regierung für 2010-2012 keine konkreten Maßnahmen enthielt, den Projektionen zufolge im Zeitraum 2010-2011 bei über 6% des BIP verharren.

Die Staatsverschuldung bleibt möglicherweise bei unter 60% des BIP, die Überschreitungsgefahr ist aber groß

In der Verfassung ist vorgeschrieben, dass die Staatsverschuldung gemäß einer nationalen Definition 60% des BIP nicht überschreiten darf. Sobald sie über 55% hinausgeht, werden im darauffolgenden Jahr Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen, bei Überschreitung der 60%-Grenze werden sofortige Anpassungsmaßnahmen verhängt. Im Jahr 2009 verharrte die Staatsverschuldung dank der Zloty-Aufwertung (ein Viertel der Staatsschuld lautet auf ausländische Währungen) bei unter 50% des BIP. 2010 kann sie trotz des hohen Defizits auf Grund einer Reihe von Faktoren, wie erwarteter Privatisierungseinnahmen in Höhe von 2% des BIP, Schuldenausgliederungen in den Nationalen Straßenfonds (der aus der nationalen Definition der Staatsverschuldung ausgeklammert ist) und der jüngsten Währungsaufwertung weiter unter 55% liegen. Die Gefahr einer Überschreitung der Obergrenze ist erheblich, insbesondere wenn das Wirtschaftswachstum schwächer ausfallen sollte als in den Projektionen unterstellt

und die Fortschritte bei den Privatisierungen langsamer vorangehen als geplant. Da die Staatsverschuldung laut Maastricht-Definition den Projektionen zufolge 2011 60% des BIP erreichen wird, würde eine Harmonisierung der nationalen und der Maastricht-Definition Konfusion verhindern und die Anreize zur Voranbringung der notwendigen Konsolidierung erhöhen.

Das Risikomanagement im Bankensektor verbessert sich

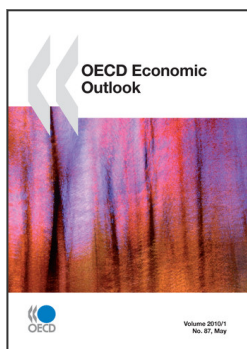
Im Februar 2010 gab die polnische Finanzaufsichtsbehörde einen neuen Katalog an Empfehlungen („Empfehlung T“) zur Verbesserung des Risikomanagements der Banken heraus, der das Kreditwachstum drosseln könnte. Die Kreditrückzahlungen dürfen 50% des Durchschnittsgehalts (65% bei überdurchschnittlichen Gehältern) nicht überschreiten, wobei für Fremdwährungskredite niedrigere Grenzwerte gelten, um potenziellen Währungsfluktuationen begegnen zu können.

Das Wachstum könnte sich verstärken, die Arbeitslosigkeit nachlassen und die Inflation leicht nach oben klettern

Es wird eine Wachstumsbeschleunigung erwartet, die ihre Impulse hauptsächlich von (aus EU-Mitteln finanzierten) Anlageinvestitionen, den Vorbereitungen für die Fußball-Europameisterschaft 2012 sowie einer allmählichen Wiederbelebung des privaten Verbrauchs bezieht. Den Projektionen zufolge werden die Arbeitslosigkeit im zweiten Halbjahr 2010 zu sinken und die Reallöhne leicht anzuziehen beginnen, nachdem sie 2009 rückläufig waren. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe 2010 und 2011 auf Grund des starken Wachstums der Arbeitsproduktivität verringern. Die Gesamtinflation ist zwar gegenüber ihrem im August 2009 verzeichneten Höchststand von 3,7% gesunken, dürfte mit der Absorption des Kapazitätsüberhangs 2011 aber erneut steigen.

Starke Wechselkursfluktuationen sind eine Gefahr

Starke Währungsschwankungen stellen ein zweiseitiges und recht ausgewogenes Wachstums- und Inflationsrisiko dar. Eine signifikante Abwertung des nominalen Wechselkurses würde die Exporte in Gang bringen und eine über Erwartungen hohe Inflation zur Folge haben. Demgegenüber würde eine starke nominale Aufwertung die Ausfuhr belasten und die Inflation nach unten drücken. Zentralbankinterventionen mit dem Ziel, einer starken nominalen Währungsaufwertung zum Schutz des Exportsektors vorzubeugen, wären mit dem Zielrahmen für die Inflationssteuerung unvereinbar – sofern die Inflationsprognosen (die von der Wechselkursaufwertung abhängig sind) nicht auf eine starke Unterschreitung des Inflationsziels lauten – und würden später eine drastischere Straffung erfordern.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2010 Issue 1

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2010-1-en

Please cite this chapter as:

OECD (2010), "Polen", in *OECD Economic Outlook, Volume 2010 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2010-1-29-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.